

STAATSKANZLEI

Kommunikationsdienst des Regierungsrats

1. August 2022

ANSPRACHE ZUM NATIONALFEIERTAG

Regierungsrat Dieter Egli, Oftringen, 1. August 2022

((Es gilt das gesprochene Wort))

Reden miteinander

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Liebe Oftringerinnen und Oftringer

Liebe Gäste

Die Sommerferien sind bald vorbei. Haben Sie schon Pläne für den Herbst und Winter? Machen Sie eine Reise ans Mittelmeer oder gar nach Übersee? Wissen Sie schon, ob Sie Weihnachten mit Ihrer Familie in der warmen Stube verbringen? Werden Sie sich eine neue Stelle suchen? Sich etwas kaufen, wofür Sie schon lange gespart haben?

Sind Sie sicher? Uns allen geht es im Moment gleich: Wir wissen es nicht. Wir wissen einfach nicht, was dieses Jahr uns noch bringen wird. Nur dies wissen wir: Wir leben in unruhigen Zeiten.

Mich hat ein Gespräch beeindruckt, das ich vor kurzem mit dem Chef eines Unternehmens im Aargau geführt habe. Auf die Frage, wie es seinem Unternehmen aktuell gehe, hat er gesagt: "Im Moment gut, die Auftragsbücher sind voll. Aber mehr könne wir eigentlich nicht sagen. Es kann sein, dass wir im Herbst nicht mehr immer Strom haben, dass wir keine Leute mehr finden, dass es einen Krieg gibt..."

Und so geht es ja nicht nur diesem Firmenchef, sondern uns allen: Es gibt ganz viele Unsicherheiten. Unsicherheiten, die wir früher relativ belanglos als Schlagzeilen wahrgenommen haben, die aber heute unser tägliches Leben ganz direkt betreffen.

- Da ist dieser sinnlose Angriffskrieg auf die Ukraine, der uns jeden Tag mit unerträglichen Bildern vorgeführt wird. Den wir nicht begreifen, den wir natürlich verurteilen, aber gegen den wir so wenig tun können.
- Da sind die möglichen Auswirkungen dieses Konflikts. Zum Beispiel die Aussicht, dass wir zu wenig Gas und zu wenig Strom haben. Noch vor wenigen Jahren war so etwas für uns undenkbar. Knappheit – ob bei Luxus- oder Alltagsprodukten – haben wir nicht gekannt. Und nun überlegen wir uns, wie wir mit Stromabschaltungen im nächsten Winter umgehen sollen. Und wie teuer wohl Mehl, Haferflocken und Benzin noch werden – oder ob wir uns dann die Miete noch leisten können.
- Da ist – ich muss sie eben auch wieder erwähnen – die Pandemie, die in den letzten beiden Jahren über alles, was wir getan und geplant haben, einen Schleier der Ungewissheit gelegt hat: Wird sie auch dieses Jahr in den Wintermonaten unser Leben wieder einschränken?

- Da ist die Klimakrise, die uns jedes Jahr drastischer vor Augen führt, was Klimaerwärmung konkret heisst – auch in diesem Sommer wieder. Wir müssen etwas tun, wir müssen uns wohl auch einschränken. Die Frage ist, wer, wann und wieviel.
- Und da ist auch eine politische Herausforderung für unser Land mit dem Verhältnis zu Europa, die eben auch nicht mehr nur theoretisch bleibt, sondern sich konkret auswirkt. Zum Beispiel für unsere Wirtschaft und unsere Bildung. Dass das auch etwas heisst für unsere Arbeitsplätze, ist uns bewusst. Und das beschäftigt uns, ob wir nun Europa eine gute Idee finden oder nicht...

Dies alles führt uns eines vor Augen: Wie verletzlich unsere Welt ist. Die Gesellschaft, von der wir meinen, dass sie einfach immer so weiter funktionieren würde, wie wir sie kennen und lieben, scheint ihr sicheres Fundament zu verlieren.

In einer ähnlichen Lage waren die Menschen, als sie das getan haben, was wir mit der Bundesfeier jährlich feiern. Als sie sich zusammengerauft haben und das mit einem Schwur und dem Bundesbrief besiegelt haben, der mit "Anfang August 1291" datiert ist.

"Angesichts der schwierigen Zeitumstände sichern sich die Leute und Gemeinden von Uri, Schwyz und Unterwalden mit allen Mitteln gegenseitig Hilfe zu gegen alle, die ihnen innerhalb wie ausserhalb ihrer Täler Gewalt oder Unrecht antun."

Sollten wir das jetzt auch wieder tun? Wäre es überhaupt möglich? Könnten sich Oftringen und Zofingen und Aargau zu einem Schwur zusammenfinden? Oder die Kantone der Nordwestschweiz, oder Aargau, Basel und Zürich?

Was Ihnen jetzt vielleicht durch den Kopf geht, stimmt natürlich: Das würden wir gar nicht mehr fertigbringen. Dafür sind wir doch alle zu verschieden. Bei uns ist eben jeder Kanton ein wenig anders, und jede Gemeinde ist irgendwie ein Spezialfall.

Und das pflegen wir ja auch in unserem Land. Gerne ärgern oder empören wir uns darüber, dass die anderen so anders und komisch sind. Die vom nächsten Dorf, von der anderen Gemeinde, vom Nachbarkanton – oder noch schlimmer, die aus den anderen Schweizer Sprachregionen! Die Welschen! Die Tessiner! Die doch eine so ganz andere Kultur haben als wir in der Deutschschweiz. Und wenn sie keine andere Sprache haben, dann haben sie dafür sicher einen komischen Dialekt!

Es hat Tradition in unserem Land: Wir verstehen uns gegenseitig eigentlich nicht. Und oft wollen wir uns nicht einmal verstehen. Und trotzdem funktioniert die Schweiz. Trotzdem hat sie immer wieder funktioniert. Weil wir auch immer wieder gestritten und diskutiert haben und uns zusammengerauft haben. Jetzt spüren wir aber, es geht in der Gesellschaft nicht mehr nur um Befindlichkeiten und Animositäten: Wir stehen vor existenziellen Fragen: Wie sieht unsere Zukunft aus? Haben wir noch Arbeit, die uns ernährt. Werden wir überleben, wenn wir so weiterleben wie bis jetzt. Wer wird in Zukunft verzichten müssen, wer wird sich umstellen müssen, und warum?

All die offenen Fragen fordern uns heraus. Auch deshalb, weil es eigentlich nie um Schwarz-Weiss-Situationen geht, weil es nirgends einfache Lösungen und Antworten gibt. Es gibt nicht "Schuldige" und "Unschuldige", vieles ist ambivalent, alles hat eine zweite Seite, die man eigentlich auch anschauen müsste.

Vor diesem Hintergrund wird das Unverständnis den anderen gegenüber grösser – und grundsätzlicher. Und noch schlimmer: Viele Leute können oder wollen mit dieser Unsicherheit und mit den Fragen, die sie auslöst, gar nicht umgehen. Sie stellen sich der Diskussionen nicht mehr. Darum bauen sie sich ihre eigene Wahrheit zusammen, suchen eine einfache Geschichte dahinter – egal, ob sie wahr ist oder erfunden. Mit einer absoluten Wahrheit machen sie es sich dann in dieser eigenen "Bubble" gemütlich: "Wir gehören dazu, wir wissen wie die Welt funktioniert, die anderen nicht".

Dazu sind sie sogar bereit, die Meinungsfreiheit – überhaupt so wichtige Werte wie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat – geringzuschätzen, ins Lächerliche zu ziehen oder sogar abzulehnen.

Verschwörungstheorien, werden Sie jetzt vielleicht denken. Es betrifft uns aber alle. Wir alle, egal in welchem politischen Lager, laufen Gefahr, uns polarisieren zu lassen in dieser Situation der Unsicherheit. Uns in eine "Bubble" drängen zu lassen, in der alle unserer Meinung sind – und dann zu meinen, der Streit, die Diskussion, sei gar nicht mehr nötig. Die sozialen Medien, die viele Fake News teilweise sehr gezielt und sehr organisiert streuen, tun das Ihre dazu. Das ist eine riesengrosse Gefahr: Damit kommen wir keinen Schritt weiter. Damit schreiten wir in der Geschichte zurück – in Zeiten, die wir uns nicht mehr zurückwünschen.

Es bleibt uns nichts Anderes übrig: Wenn wir die Unsicherheiten meistern wollen, müssen wir reden miteinander. Wir müssen diskutieren, wie wir zusammen damit umgehen. Wir müssen uns zusammenraufen und einen Weg finden, in der Gesellschaft, in unserem Land, in unserem Kanton, in unserer Gemeinde.

Und ja, das ist nicht einfach. Es ist mühsam und schwierig, anderen zuzuhören und eben auch genau die andere Seite anzuhören. Aber trotzdem müssen wir uns darauf einstellen. Wir müssen uns immer wieder die Frage stellen: Was wäre, wenn die anderen tatsächlich Recht hätten? Könnte ein Fünkchen Wahrheit in dem sein, was sie sagen? Warum sagen sie, was sie sagen? Was können wir von ihnen lernen?

Wenn wir mit dieser Haltung in Gespräche gehen, dann können wir wirklich Lösungen finden – und nicht nur uns selber bestätigen. Das ist Streitkultur, Diskussionskultur. Und das ist letztlich Politik, zu der wir alle – Sie und ich – dazugehören.

Als ich einmal mit dem Bürgermeister einer deutschen Gemeinde über die direkte Demokratie in der Schweiz geredet habe, hat er mich gefragt: Wie funktioniert das bei euch, wenn ihr jedes Jahr in der Gemeinde über das Budget abstimmt und dann gewinnen die einen und die anderen verlieren, vielleicht sogar ganz knapp. Wie macht ihr dann weiter?

Ich konnte ihm diese Frage nicht beantworten, sondern nur sagen: Es war einfach schon immer so. Manchmal gewinnt man, dann verliert man. Ich habe auch schon verloren. Nachher gibt es wieder ein neues Thema, und es wird wieder neu diskutiert... Und das gilt ja nicht nur in den Gemeinden, sondern auch im Kanton und im Bund. Gerade weil wir die historische Erfahrung haben, dass wir uns immer wieder trotz verschiedener Interessen zusammenraufen können, auch wenn wir uns anfangs nicht verstehen oder zu verstehen scheinen. Weil wir immer auch verlieren können müssen. Weil wir tolerant sein müssen – mit Minderheiten, aber auch mit Mehrheiten.

Die Schweiz ist keine Nation im klassischen Sinn. Wir setzen uns aus verschiedenen Nationalitäten zusammen, was sich in den verschiedenen Landessprachen zeigt. Unser Land ist langsam gewachsen aus unterschiedlichen Staatswesen, mit unterschiedlichen Geschichten, Kulturen und Erfahrungen, die sich über Jahrhunderte gefunden haben – und das nicht immer friedlich.

Und so ist auch die Art, wie wir unseren Nationalfeiertag feiern, sehr typisch für unser Land: nicht mit einer zentralen Feier mit der Ansprache eines Präsidenten oder mit einer Militärparade. Der 1. August wird in jeder Gemeinden verschieden gefeiert und von ganz vielen Freiwilligen organisiert.

Wir feiern heute also nicht eine Nation. Sondern wir feiern unsere Verschiedenheit. Dass wir es trotzdem immer schaffen, friedlich zusammenzuleben. Dass unser Land trotzdem – oder eben gerade deshalb – funktioniert.

Und wir sind heute stolz auf das Instrument, das wir dazu haben, die direkte Demokratie: Wir können immer wieder über wichtige Fragen abstimmen, wir müssen abstimmen, auch wenn es manchmal kompliziert und lästig ist. Und bevor wir abstimmen können, müssen wir eben darüber reden.

Zur Demokratie gehört auch der Rechtsstaat. Ohne ihn ist die Demokratie wertlos, denn er schützt die Grundrechte von uns allen, egal woher wir kommen, welches Geschlecht wir haben oder wie der Gott heisst, an den wir glauben. Der Rechtsstaat macht es möglich, dass ich hier reden kann, dass Sie zuhören können oder nicht, dass sie das, was ich sage, gut oder schlecht finden können – und mir das auch mitteilen dürfen.

Demokratie, Rechtsstaat und die Freiheit, die Meinung zu äussern und miteinander zu reden. Das müssen wir uns erhalten, um jeden Preis.

Es wäre interessant zu wissen, was die Leute von Uri, Schwyz und Unterwalden damals miteinander für "Chretz" gehabt haben. Sie sind sich wohl manchmal auf den Wecker gegangen und wären am liebsten mit der Hellebarde aufeinander losgegangen. Wenn sie sich einig gewesen wären, dann hätten es einen solchen Brief gar nicht gebraucht. Aber sie haben sich zusammengerauft und haben erkannt, dass ihre kleinen Streitereien zurückstehen müssen im Sinne des grösseren, viel wichtigeren Ganzen. Auch wenn rund um den Bundesbrief von 1291 und um seine Bedeutung für die Schweiz einiges unklar ist, das können wir aus dieser Geschichte lernen.

Heute sind weniger als damals die Täler und Gemeinden durch einen äusseren Feind in Gefahr, sondern die Werte, die ich vorhin genannt habe – und damit der Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Diese gemeinsamen Werte brauchen wir, wenn wir zusammen die Zukunft angehen wollen.

Was uns diese Zukunft bringt, kann auch ich als Politiker nicht voraussagen. Doch eine grosse Chance bleibt: Wir können, wir müssen im Gespräch bleiben. Ich garantiere, dass ich zuhöre – und immer bereit bin für das Gespräch, für die Diskussion.

In diesem Sinne wünsche ich uns eine schöne Bundesfeier – an der wir feiern und uns auch die Zeit nehmen, um miteinander zu reden.